

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 Pl., monatlich 4,80 Pl. In den Ausgabestellen monatlich 4,50 Pl. Bei Postbezug vierteljährlich 16,16 Pl., monatlich 5,39 Pl. Unter Streifenband in Polen monatlich 8 Pl., Danzig 8 Gld. Deutschland 2,50 R.-M. — Einzelnummer 25 Gr., Dienstags- und Sonntags-Nummer 30 Gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung usw.) hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Millimeterzeile 15 Groschen, die einpaltige Reklamezeile 125 Groschen. Danzig 10 bz. 50 D. B. Deutschland 10 bzw. 70 Goldpf., übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Plab-vordruckt und schwierigem Satz 50%, Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postkonten: Polen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 217.

Bromberg, Sonnabend den 20. September 1930.

54. Jahrg.

Das Unrecht an Eupen-Malmedy

1920 — 20. September — 1930.

Am 20. September 1920 wies der Völkerbundrat den deutschen Einspruch, der sich auf die fragwürdige Durchführung der im Versailler Vertrage vorgesehenen Volksbefragung in Eupen-Malmedy bezog und noch einmal an Hand unwiderlegbaren Materials das Unrecht, das diesem deutschen Grenzgebiet zuteil geworden war, darlegte, zurück. Das Schicksal Eupen-Malmedys war damit vorläufig entschieden. Obwohl die klägliche Komödie, die in den vorangegangenen sechs Monaten mit der zugehenden Verechtigung der Bevölkerung, „schriftlich den Wunsch auszudrücken, daß diese Gebiete ganz oder teilweise unter deutscher Souveränität verbleiben“, offen zutage lag, obwohl die belgische Militärdiktatur jede freie Meinungsäußerung verhindert und die Einzeichnung in die ausgesetzten Listen durch Terror mannigfacher Art unmöglich gemacht hatte, obwohl also die Volksbefragung gar nicht durchgeführt worden war, bestätigte der Völkerbund durch Zurückweisung des deutschen Protestes die belgische Souveränität. 60 000 Menschen wurden um ihr Vaterland betrogen.

Seitdem sind zehn Jahre vergangen — und in diesen zehn Jahren wurden die Grundlagen dieses Rechtsfreies endgültig geklärt. Selbst die belgische Propaganda wagt heute nicht mehr, offensichtliches Unrecht als Recht auszugeben. Da im Jahre 1920 die vorgegebene Abstimmung nicht stattgefunden hat, besteht die Forderung Eupen-Malmedys auf Durchführung einer Volksbefragung in einem Rahmen, der die freie Willensäußerung des einzelnen nicht behindert, zu Recht. Und das belgische „Niemaals“, das dieser Forderung entgegengesetzt wird, beschränkt seine Begründung auf die „nun einmal vollzogene Tatsache“ der Eingliederung Eupen-Malmedys in den belgischen Staat und ihre Bestätigung durch den Fehlspruch des Völkerbundes. Das, was die Frage Eupen-Malmedys grundsätzlich von allen Fragen, welche die Neuordnung Europas durch die Verträge von Versailles, Trianon und St. Germain betroffen, unterscheidet, ist also, daß hier ein Teil der Friedensverträge nicht erfüllt worden ist, daß diese Erfüllung aussteht, ja, daß diese Nichterfüllung vom belgischen Gegenpartnern ernsthaft nicht mehr bestritten wird. Mehr noch: der belgische Staat degradierte, als er sich in den Verhandlungen von 1920 durch den Mund seiner Vertreter bereit erklärte, Eupen-Malmedy gegen rund 240 Millionen Goldmark an das Reich zu verkaufen, die ganze Frage der Grenzrevision zu einem Finanzgeschäft für Belgien. Damit gab er zu, daß er als Staat an dem Besitz Eupen-Malmedys nicht interessiert sei, und seitdem erübrigt sich auch jede Erörterung, ob Belgien durch eine Rückgabe der widerrechtlich gewonnenen Gebiete an staatspolitischem Prestige verlieren würde. Dieses Prestige ist verloren und kann auch durch erneute „Niemaals“ nicht wieder hergestellt werden.

Rückgabe und damit Befriedigung der belgisch-reichsdeutschen Staatsgrenze scheiterten 1926 am Widerspruch Frankreichs. Trotzdem — nichts entbindet Belgien und die Vertragsmächte von der Verpflichtung, zunächst einmal den Versailler Vertrag dort zu erfüllen, wo er nicht erfüllt wurde, also: eine Volksbefragung in Eupen-Malmedy unter solchen Garantien durchzuführen, wie sie unter der Militärdiktatur des Barons Baltha nicht vorhanden waren. Zwölf Jahre kämpft Eupen-Malmedy um sein Recht. Man mag diesen Kampf eine europäische, eine gesamtdeutsche oder eine innerpolitische Angelegenheit Belgiens nennen — ohne eine Entscheidung, die begangenes Unrecht wieder gut macht, bleibt der Trennungsstrich zwischen Deutschland und Belgien gezogen.

Wir kennzeichneten die Schwäche der belgischen Position und die Eigenartigkeit der Lage auf Grund der Verhandlungen von 1926, die nicht aus der Welt zu schaffen sind. Das mißtönende Echo, das aus einem Teile der altbelgischen Presse immer dann am lautesten herüberbört, wenn auf deutscher Seite die Tatsachen dargestellt werden, wie sie sind, zeigt uns, welche Schwierigkeiten dem Recht immer noch entgegenstehen. Aber wird das Belgien von heute auch das Belgien von morgen sein? Der Glanz der Jahrhundertfeier konnte die inneren Schwierigkeiten dieses Nationalitätenstaates nicht verdecken, konnte nicht verdecken, daß das Jahrhundert der wallonischen Vorherrschaft zu Ende geht, und die vlämische Bewegung Kräfte bloßlegt, die in einem unabhängigen Gemeinwesen eher das Heil erblicken, als in einem Staate, der von Frankreich aus die Parolen bezog, ohne daß die Mehrheit seiner Bevölkerung damit einverstanden wäre. Das Geschrei der belgischen Chauvinisten täuscht eine Macht vor, die einschrumpft und ein schlechtes Gewissen verrät.

Weil Deutschland mit dem belgischen Staate im Frieden leben will, dient es, zur Lösung der Frage Eupen-Malmedys im Sinne der Selbstbestimmung drängend, dem Recht. Die Lage des nachkriegszeitlichen Belgiens schien das kluge vorkriegszeitliche Wort, der Wohlstand Belgiens sei mit dem Wohlstand Deutschlands verbunden, zuweilen zu widerlegen. Trügt der Schein nicht auch hier? Wäre es nicht auch für die gegenwärtigen belgischen Machthaber eingehender Überlegung wert, ob es sich im Falle Eupen-Malmedys wirklich lohnt, eine zwangsläufige Entwicklung weiter zu

fabotieren, ob es nicht besser wäre, rechtzeitig ein Unrecht wieder gutzumachen, als auf einem rechts-widrigen Standpunkt zu verharren, den auf die Dauer zu halten Belgien die Macht fehlt? Daß sich der Völkerbund 1920 zum Handlanger dieses Unrechtes machte, kann die Verantwortlichkeit des belgischen Staates nicht mildern. W. W.

Gemeinsames Vorgehen der Zentrallisten.

Warschau, 19. September. (Eigene Drahtmeldung.) Die Parteien, die dem Zentrallistenblock angehören, werden auf Grund des abgeschlossenen Abkommens bei den Wahlen zum polnischen Parlament in allen Gebieten Polens mit Ausnahme von Oberschlesien und Ostgalizien gemeinsam vorgehen. In diesen beiden Teilgebieten wird jede Partei des Blocks freie Hand behalten. Infolgedessen ist es unmöglich, in kommerziellen eine gemeinsame polnische Liste aufzustellen. In Oberschlesien beabsichtigt die Christlich-demokratische Kor-fantgruppe eine Wahlverständigung mit der N P R-Rechten. Die P S soll dort selbstständig, eventuell zusammen mit den deutschen Sozialisten auftreten. Auch in Ostgalizien wird die P S selbstständig zur Wahlurne schreiten.

Der Wahlkampf der Minderheiten.

Bildung eines zionistischen Blocks.

Warschau, 18. September. Am Dienstag und Mittwoch fanden in Warschau Beratungen zwischen Vertretern des zionistischen Zentralkomitees in Warschau, der Exekutive der zionistischen Organisation Ostgaliziens, sowie der Exekutive der zionistischen Organisation Westgaliziens und Schlesiens statt, um sich über ein gemeinsames Vorgehen bei den bevorstehenden Wahlen zum Sejm und zum Senat zu einigen. Im Ergebnis dieser Beratungen ist es dem jüdischen „Nasz Przegląd“ zufolge zu der Bildung eines Blocks aller allgemeinen zionistischen Organisationen in ganz Polen gekommen. Die Frage des Anschlusses anderer zionistischer Gruppierungen an diesen Block, sowie der eventl. Bildung eines allgemeinen jüdischen Wahlblocks

wird den Gegenstand von Beratungen bilden, die in diesen Tagen stattfinden sollen.

Am kommenden Sonntag findet eine gemeinsame Beratung zwischen den Vertretern des zionistischen Blocks und Delegierten der „Mizrach“ und „Sitch-duch“ statt, in der wahrscheinlich die Entscheidung über den Beitritt dieser Gruppierungen zum zionistischen Block fallen wird.

Auch die Ukrainer bilden einen Wahlblock.

Aus Lemberg wird gemeldet, daß dort ein ukrainischer Wahlblock zustande gekommen ist, der die „Udo“ (d. h. die ukrainischen Nationaldemokraten), die ukrainischen Radikalen und die ukrainischen Sozialisten umfaßt.

Treviranus-Protest in Crone.

Das kleine Städtchen Crone, an der Brahe und im Landkreis Bromberg gelegen, erwartete für den vergangenen Sonntag eine Sensation. Man hatte eine Massendemonstration der Bevölkerung von Stadt Crone und Umgebung gegen die Treviranus-Rede angefangt, die um 12 Uhr mittags stattfinden sollte. Gegen 1/2 12 Uhr fanden sich auf dem Marktplatz einige alte Frauen ein, die nach Beendigung des katholischen Gottesdienstes an der Demonstration teilzunehmen beabsichtigten. Diese etwa 20 bis 30 Teilnehmer setzten sich rund um den Zaun der evangelischen Kirche auf dem Marktplatz und warteten, wobei sie gemächlich ihre Frühstücksschnitten verzehrten. Gegen 12 Uhr fanden sich noch einige andere Zuschauer ein. Plötzlich hieß es von irgendwo, in der Vorstadt solle es brennen. Rauch war dieses Gerücht entstanden, da war der Markt auch schon leer. Als kurz nach 12 Uhr die Festredner auf dem Balkon eines Hauses am Markt heraustraten, um zu den Massen zu sprechen, mußten sie feststellen, daß ihre Worte von nur etwa 15 bis 20 Personen gehört wurden. Der Hauptredner gab denn auch den Versuch, daß „Volk“ von der Schrecklichkeit der deutschen Angriffsabsichten zu überzeugen, halb auf und verlagte die Demonstration auf den nächsten Sonntag.

Versailles und die Reichstagswahlen.

Stimmen aus allen vier Himmelsrichtungen.

1. Nord:

„Der Elefant in der Ruchschale.“

Skandinavische Zeitungen verschiedener Richtungen führen den Ausfall der deutschen Wahlen letzten Endes auf das Diktat von Versailles zurück. Die konservative schwedische Zeitung „Svenske Dagblad“ führt aus: „In Genf ist durch die deutsche Wahl viel Unruhe hervorgerufen worden. Wenn die Siegermächte einsehen, daß die Krise und die Verzweiflung in Deutschland in nicht geringem Grade die Folgen des Versailler Systems sind und danach handeln, dann würde die deutsche Septemberwahl vielleicht ein Nichtweg zu einer besseren Ordnung der Dinge werden können.“

Die Kopenhagener Zeitung „Socialdemokraten“ stellt folgende Betrachtungen an: „Wir wollen gerecht sein, wie könnte man eine andere Entwicklung in Deutschland erwarten! Will man, daß ein Elefant in einer Ruchschale wohnen soll, so fordert man das Unmögliche. Der Versailler Vertrag hat auf allen Gebieten das Seine getan, Deutschland zu knechten und zu binden, seine Wirkungsgebiete zu beschneiden und zu begrenzen. Das deutsche Wahlergebnis wird zu einer internationalen Angelegenheit, weil es bestätigt, daß der Versailler Vertrag keine Sicherung des Friedens und der Brüderlichkeit zwischen den europäischen Völkern bedeutet, denn er ist mit der Linde des Hasses geschrieben. Die Verzweiflungsausschläge des deutschen Wahlbarometers bedeuten, daß der Tag näher rückt, wo die Siegermächte des Weltkrieges gezwungen werden, verschiedene der Resultate und Vereinbarungen des großen Krieges zu revidieren und Deutschland auf gleichen Fuß mit den übrigen Nationen zu stellen.“

2. Süd:

Die italienischen Blätter beschäftigen sich weiter eingehend mit dem deutschen Wahlergebnis. In den Bepredungen finden sich vielfach sehr bemerkenswerte und deutliche Hinweise auf die Möglichkeit einer Abänderung der Friedensverträge und die Zukunftsgestaltung neuer europäischer Mächteverhältnisse.

Der „Lavoro Fascista“ erklärt u. a., daß das deutsche Volk die Politik Stresemanns entschieden verleugnet habe. Die Tage, die auf die Rheinlandräumung folgten und noch mehr die Wahlen zeigten, daß die deutsche Demokratie erschöpft sei und der Geist eines neuen Deutschland Land gäre. Von Paris ertönten Alarmrufe und schwarze Prophezeiungen für die Zukunft der internationalen Be-

ziehungen. Ein junges Volk, das mit Fähigkeit und Willen ausgerüstet sei, wie das deutsche, könne nicht unterdrückt werden. Wenn Frankreich am Rhein das Gespenst der Vergeltung sehe, so brauche es deswegen nicht Alarm für die Ruhe Europas zu schlagen. Ein sicheres Europa wird es erst an dem Tage geben, an dem jedem Volk die historische Gerechtigkeit gewährt wird, die sich aus dem Leben, der Arbeit und der Macht der Völker ergibt.

In diesem Zusammenhang gibt das Blatt die bekannten Worte Mussolinis wieder, wonach kein Vertrag ewig sei, weil eben die Welt nicht stillstehe. Diese Worte des Duce, so schließt der „Lavoro Fascista“, zeigten deutlich die Linie der italienischen Politik in Europa. Auf diese Worte sei heute erinnert, wo die Geschichte Deutschlands vor einer entscheidenden Wendung stehe.

Ähnlich lautet die Stellungnahme des halbamtlichen „Giornale d'Italia“. Das neue Deutschland sei unruhig. Es zerre an der eisernen Kette der Verträge, die auf dem gefamten Wirtschaftslieben der Nation mit dem Young-Plan laste, bis zum Ende des Jahrhunderts lauten sollte. Es versuche, dieses harte Opfer abzuschütteln und zeige das Gesicht der nationalen Verzweiflung. Viele Millionen deutscher Wähler lehnten die gegenwärtige Ordnung in Deutschland und die Verträge ab und vernichteten die Politik von Locarno. Frankreich erkläre, der Friede sei Gefahr. In dieser Lage aber könne Italien mit Ruhe abwarten. Seine Ansicht über den Wert der Verträge sei kürzlich in einer Weise, die nicht klarer sein konnte, von der Leitung der Regierung zum Ausdruck gebracht worden.

Der Vertreter des „Corriere della Sera“ in Berlin hatte eine Unterredung mit den nationalsozialistischen Abgeordneten Gochel und Göring. Der italienische Berichterstatter fragte, ob die Forderung auf Abänderung der Friedensverträge im Programm der Nationalsozialisten aufrechterhalten werde. Göring antwortete, daß die Abänderung der Friedensverträge eine der Grundlagen des Programms der Nationalsozialisten bleibe. Die Ehre Deutschlands im Ausland müsse völlig wiederhergestellt werden, ebenso die volle Gleichberechtigung mit anderen Ländern. Die Nationalsozialisten strebten daher die Abänderung der deutschen Beziehungen zu einigen europäischen Staaten an. Deutschland habe in den letzten Jahren eine Politik geführt, die der Nation nicht zuträglich gewesen sei. Frankreich sei an der Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustandes sehr gelegen. England und Italien Stellung sei eine andere. Die Nationalsozialisten sähen in dem faschistischen Italien eine verwandte Bewegung.

3. Ost:

Wie die PNA aus Moskau meldet, beurteilt die gesamte Moskauer Presse einmütig die Wahlergebnisse in Deutschland als einen kritischen Augenblick der Geschichte des nachkriegszeitlichen Deutschlands. Die „Iswiestka“ schreiben u. a.: Das Anwachsen der Zahl der auf die nationalsozialistischen Kandidaten abgegebenen Stimmen muß in erster Linie als eine Stimme des Mißtrauens der Masse gegenüber dem System der gegenwärtigen deutschen Politik angesehen werden. Andererseits zeugt der von der deutschen kommunistischen Partei errungene Sieg davon, daß die deutsche Arbeiterklasse dazu heranreift, einen bewußten und disziplinierten Klassenkampf zu führen. Vor dem kapitalistischen Deutschland öffnet sich jetzt kein Weg, auf dem man ein politisches Gleichgewicht des Landes bilden könnte. Die Auflösung des neuen Reichstages würde die offene Ansage eines Bürgerkrieges bedeuten. Die Bildung einer Regierung der Großen Koalition unter Teilnahme der Sozialdemokraten würde den Intentionen der Großkapitalisten nicht entsprechen, die eine entschiedene Reform der Staatsverwaltung und der Finanzen verwirklichen wollen. Die Bildung einer Rechtsregierung unter Teilnahme der Nationalsozialisten würde die volle Macht im Lande in die Hände der Faschisten legen. Der Mangel an Gleichgewicht in der Innenpolitik wird noch vergrößert durch die Krisis der deutschen Außenpolitik. Selbst wenn die deutschen Faschisten sich an der neuen Reichsregierung nicht beteiligen sollten, so würde es auch in diesem Falle sehr schwierig werden, an der bisherigen Außenpolitik, die in den letzten Jahren verpfändete, festzuhalten; denn dies würde nichts anderes als den Willen bedeuten, den Stand der Gemüter gering zu schätzen. Die deutschen Wahlen werden später schwerwiegende Ereignisse zur Folge haben.

4. West:

Aus New York wird gemeldet:

Die Rückkehr Hearsts, der aus Frankreich ausgewiesen wurde, gestaltete sich zu einem wahren Triumphzug, an dem nicht nur ein großer Teil der New Yorker Bevölkerung, sondern auch offizielle Persönlichkeiten teilnahmen. Der Verband der ehemaligen Kriegsteilnehmer von New York hatte die Leitung der Kundgebung für Hearst übernommen. Mit ausdrücklicher Erlaubnis der Hafenbehörden waren einige Schiffe dem Ozeandampfer entgegengefahren, um Hearst auf offener Meer zu begrüßen und ihm das Geleit bei der Einfahrt in den Hafen zu geben. An der Spitze dieser Abordnung befand sich der Bürgermeister von Boston.

Hearst hat seine europäischen Erfahrungen nicht ungenutzt gelassen. Die einflussreiche Hearstpresse, die über mehr als 20 Zeitungen mit riesenhafter Auflage verfügt, veröffentlicht einen groß aufgezogenen Leitartikel über den Ausgang der deutschen Reichstagswahlen. Nach einem kurzen Hinweis auf den Wahlsieg der radikalen Flügelparteien heißt es wörtlich: „Eine Gefahr, die jetzt selbst Halbblinde sehen, hätte Europa schon lange vorher erkennen sollen. Der Versailler Vertrag, der dazu bestimmt war, die deutsche Nation verbütten zu lassen, ist ebenso dumm wie brutal. Er saugt alljährlich in Hunderttausenden von Goldmillionen das Lebensmark aus der deutschen Industrie. Er bedeutet lange Arbeitszeit für jeden Deutschen, Entmutigung für Volk und Einzelmenschen. Keine Nation wird das auf die Dauer aushalten, keine kann es aushalten. Wenn die Mütter in Versailles mit voller Überlegung die Bolschewisierung Deutschlands geplant hätten, hätten sie es nicht besser und erfolgreicher tun können. Jetzt ist es an der Zeit, die Torheit und das Verbrechen des Versailler Vertrages ungeschehen zu machen und die schwere, untragbare Last vom Rücken des deutschen Volkes zu nehmen.“

Wenn Preußen gewählt hätte...

Bei einer Übertragung der neuen Verhältnisse im Deutschen Reichstag auf den Preussischen Landtag, der bekanntlich mit einer Mehrheit von Sozialdemokratie und Zentrum regiert, würde sich folgendes Bild ergeben:

Die Zahl der Landtagsabgeordneten, die jetzt 450 beträgt, würde sich danach auf etwa 540 erhöhen. Die Sozialdemokraten, die bisher 138 Abgeordnete haben, würden etwa 134 Sitze erhalten. Die Deutschnationalen würden statt 76 Sitze 50, das Zentrum 78 (bisher 71), die Deutsche Volkspartei 27 (bisher 40), die Staatspartei 16 (bisher 21), die Wirtschaftspartei 20 (bisher 21), die Kommunisten 80 (bisher 53), die Nationalsozialisten 104 (bisher 6) und Landvolk, Konservative, Hannoveraner und Christlicher Volksdienst zusammen etwas mehr als 30 Sitze erhalten. Die gegenwärtige, aus Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten bestehende preussische Regierungskoalition verfügt bekanntlich über 230 Sitze, also über eine Mehrheit von 10 Stimmen. Die Koalition würde infolge des Zuwachses beim Zentrum ihre Mandatszahl ungefähr behauptet haben, wäre aber trotzdem stark in die Minderheit gedrängt, da die Opposition eine Mehrheit von mehr als 80 Stimmen hätte. Auch unter Einschluß der Deutschen Volkspartei, also nach Bildung der Großen Koalition, wäre keine Mehrheit vorhanden. Mit Einschluß der Wirtschaftspartei würde die Große Koalition über eine Mehrheit verfügen. Natürlich nur dann, wenn Deutsche Volkspartei und Wirtschaftspartei mitmachen. Doch das würde recht zweifelhaft sein. Ein Rechtsblock müßte zur Mehrheit das Zentrum gewinnen.

Der Preussische Landtag soll aufgelöst werden!

Berlin, 19. September. (Eigene Drahtmeldung.) Die Fraktion der Wirtschaftspartei hat den Antrag eingebracht, den Preussischen Landtag mit sofortiger Wirkung aufzulösen.

Paul Schiemann erkrankt.

Der Führer der Deutschen Fraktion im lettländischen Parlament, Dr. Paul Schiemann, hat sich mit Rücksicht auf eine Erkrankung, die einen mindestens halbjährigen Aufenthalt in Davos notwendig macht, der Deutschen Fraktion sein Abgeordnetenmandat zur Verfügung gestellt.

Der beleidigte Marschall. Sechs Monate Gefängnis.

Lublin, 18. September. In beschleunigtem Verfahren hat, wie wir bereits kurz mitteilten, am Mittwoch der Prozeß gegen die ehemalige Abgeordnete Frau Irene Kosmowska (Byzowolnie) stattgefunden, die am vergangenen Sonntag wegen einer Versammlungsrede verhaftet worden war. Über die Verhandlung entnehmen wir der „Gazeta Warszawa“ folgenden Bericht:

Nachdem die Personalien der Angeklagten verlesen worden waren, stellte Rechtsanwalt Szumanski Fragen über ihre Tätigkeit in der Zeit, da noch die Teilungsmächte hier regierten. Die Angeklagte antwortete mit einer sicheren und starken Stimme. Sie sprach über ihre Tätigkeit im Jahre 1906, dann über die Zeit, als sie in geheimen Volksschulen Unterricht erteilte und schließlich über das Jahr 1915, als sie von den Russen verhaftet wurde. Als sie die Gründe ihrer Verhaftung darlegte, über die Werbung der Jugend für die Legionen und den Schutz der Rekruten, die aus dem russischen Militär zu den Legionen übergelaufen waren, verlor sie die Herrschaft über sich und weinte.

Die Anklage wirft der Angeklagten vor, daß sie am 14. September d. J. in einer in einer politischen Versammlung gehaltenen Ansprache den Ministerpräsidenten einen „Irrsinnigen“ genannt und behauptet habe, daß sein Recht nur auf „Spießbüberei, Mord und Brandstiftung“ beruhe und daß seine Regierung die „Regierung eines Irrsinnigen“ sei, wodurch sie nicht allein den Marschall Pilsudski, sondern die ganze Regierung beleidigt habe, deren Chef Pilsudski ist. Nach Verlesung der Anklageschrift stellte der Verteidiger Szumanski unter Berufung auf Artikel 144 der Strafprozessordnung im Zusammenhang mit Art. 286 der Strafprozessordnung den Antrag, die Sache niederzuschlagen, da nach der Aussage der Angeklagten diese nicht die Ursache gebraucht habe, die ihr die Anklage vorwirft, sondern daß sie über den Marschall Pilsudski nur als Privatmann gesprochen habe, wobei sie die Wendung gebraucht, daß seine öffentlichen Interviews den Eindruck eines Irrsinnigen machten. Das Gericht lehnte den Antrag ab.

Ein weiterer Antrag der Verteidiger forderte, die Anklageschrift als ein nicht authentisches Dokument abzulehnen. Die Anklageschrift trage nämlich das Datum des 15. September, stütze sich jedoch auf Aussagen von Zeugen, die nach den Dokumenten erst am 18. September geäußert worden seien. Der Procurator habe daher mit Aussagen operiert, die es noch nicht gegeben hat. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Schließlich forderte die Verteidigung die Ladung von Entlastungszeugen, und zwar des Präsidiums der Versammlung, in der die Frau Kosmowska gesprochen hatte, sowie des ehemaligen Abgeordneten Lechnicki vom Regierungsklub, auf den sich die Angeklagte berufen hatte. Mittags um 1 1/2 Uhr beschloß das Gericht, die Verhandlung bis 3 Uhr nachmittags zu vertagen.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlung wurden die Belastungszeugen vernommen, und zwar der stellvertretende Starost Danaszkewicz, der Polizeikommissar Sobocinski, sowie die Polizeibeamten Skulski und Czernowski. Sie alle bestätigten, daß die Kosmowska den Ausdruck „Irrsinniger“ gebraucht hatte, was unter den Versammlungsteilnehmern Gelächter und höhnische Rufe ausgelöst habe. Gegen 7 Uhr abends nahm das Gericht die Aussage der Entlastungszeugen entgegen, und um 2 1/2 Uhr wurde das Urteil gefällt, das auf sechs Monate Gefängnis lautete. Gleichzeitig wurde der Antrag der Verteidigung abgelehnt, die Präventivhaft als Schutzmittel aufzuheben und die Verurteilte gegen Hinterlegung einer Kaution auf freien Fuß zu setzen. Sowohl das Urteil als auch die Ablehnung des Schlussantrages der Verteidigung machten im Gerichtssaal einen starken Eindruck.

Der Prozeß löste in Lublin das größte Interesse aus. Vor dem Gerichtsgelände hatten sich große Menschenmassen angeammelt. Der Zutritt zum Verhandlungssaal war nur gegen Vorzeigung von Einlasskarten gestattet. Der Gerichtssaal war überfüllt.

Die verhafteten Abgeordneten sind wohlau!

Die Verteidiger beim Justizminister.

Warschau, 19. September. (PNA) Gestern sprachen die Rechtsanwälte Nowodworski, Smiarowski, Berenson und Urbanowicz im Saal der verhafteten ehemaligen Abgeordneten bei dem Justizminister vor, dem sie einige Fragen vorlegten. U. a. fragten sie, ob die Absicht bestehe, die Verhafteten in ein Gefängnis zu überführen, das unter der Aufsicht der Zivilgerichtsbehörden steht, ferner berührten die Anwälte die Frage, in welcher Weise man den Verhafteten gegenüber das Gefängnisreglement anwende.

Der Minister erwiderte, daß auf Grund des bestehenden Rechtszustandes die Unterbringung der Verhafteten in ein Militärgefängnis nicht im Widerspruch zu den verpflichtenden Bestimmungen stehe, die die Möglichkeit vorsehen, sowohl Militärpersonen in Zivilgefängnissen als auch umgekehrt Zivilpersonen in Militärgefängnissen unterzubringen. Die verhafteten ehemaligen Abgeordneten stehen zur Disposition der Gerichtsbehörden, die in vollem Umfang von den Berechtigungen Gebrauch machen, die ihnen auf Grund der verpflichtenden Gesetze zustehen. Um den Verhafteten die Möglichkeit zu sichern, von dem Recht der Verteidigung Gebrauch zu machen, habe der Procurator des Bezirksgerichts in Warschau Vollmachtformulare in das Gefängnis in Brest am Bug geschickt, die nach Ausfüllung durch die Angeklagten den von diesen erwähnten Verteidigern zugestellt werden sollen. Der sanitäre Stand des Gefängnisses wie auch der Gesundheitszustand der Verhafteten sei durchaus befriedigend, was der Arzt, der die Aufsicht über das Gefängnis hat, festgestellt habe. Der Arzt besucht die Verhafteten täglich. Die Verhafteten gehen täglich spazieren; bis jetzt sind weder an den Arzt noch an die Gerichtsbehörden irgendwelche Beschwerden gerichtet worden. Die Genehmigung zum Empfang von Besuchen und Paketen sei im gegenwärtigen Stadium der Sache von den Gerichtsbehörden abhängig, die sich strikte an die verpflichtenden Bestimmungen der Strafprozessordnung halten.

Verhaftung von ukrainischen Saboteuren.

Lemberg, 18. September. (Eigene Drahtmeldung.) Die Untersuchungsbehörden, die im Zusammenhang mit den letzten Sabotage-Akten auf dem Gebiet der Wojewodschaft Stanislaw Ermittlungen eingeleitet hatten, nahmen gestern in ukrainischen Institutionen in Rohatyn Hausdurchsuchungen vor und verhafteten zwei Professoren des dortigen ukrainischen Gymnasiums, Kamieniecki und Kowalski, sowie den Arzt Werbniec. Verhaftet wurden ferner zehn Mitglieder einer Brandstifterverbände. Bei einem von ihnen, dem Gymnasialabiturienten Sigus, wurde ein chemisches Laboratorium entdeckt, in dem Vorrichtungen zu Brandstiftungen fabriziert wurden. Unter dem Verdacht, sich an der Sabotage-Aktion beteiligt zu haben, wurden in Stanislaw zwei Abiturienten verhaftet.

Beschimpfung des Staatswappens.

Lemberg, 18. September. (PNA) Am 15. d. M. wurde von unbekanntem Tätern das Staatswappen auf zwei Postbrücken in der Stadt Lemberg angebracht. Die Aufschrift war mit schwarzer Farbe veruschmiert. Die Untersuchung wurde eingeleitet.

Verhaftung eines polnischen Führers in Litauen.

Kowno, 19. September. Kürzlich nahm die Polizei auf dem Gut des ehemaligen litauischen Sejmabgeordneten Budzynski (polnische Fraktion) eine Hausdurchsuchung vor, in deren Ergebnis Budzynski verhaftet wurde. Wie die Kownoer „Jidische Stimme“ meldet, soll dem Verhafteten der Prozeß wegen Spionage gemacht werden. Budzynski ist ein bekannter polnischer Führer in Litauen, Vorsitzender der polnischen Fraktion im litauischen Sejm und Präses des Hauptvorstandes des polnischen Kultur- und Bildungsvereins „Fochobnia“ (Fadell).

Im Zusammenhang mit der Verhaftung trat das Polenhilfskomitee in Litauen zu einer Sitzung zusammen, in der beschloffen wurde, gegen die Verhaftung als einen neuen Gewaltakt in der langen Serie von Bedrückungen und unerhörten Verfolgungen, die die litauischen Behörden seit längerer Zeit dem polnischen Element gegenüber anwenden, um es um jeden Preis zu ethnalisieren, auf die energischste zu protestieren. In der Verhaftung erblickt das Komitee die offene Feststellung der Bemühung der litauischen Regierung, mit der letzten Phase der Angriffe auf die kulturellen Herde zu beginnen, die bis jetzt dank den riesigen Bemühungen der unterdrückten polnischen Volksgemeinschaft dort noch erhalten wurden. In derselben Versammlung faßte das Komitee den Beschluß, sich an die maßgebenden Stellen in Polen mit entsprechenden Anträgen zu wenden und unverzüglich ein Telegramm an den polnischen Außenminister mit dem Appell um unverzügliche Intervention zu richten.

Man stelle sich einmal vor: wir Deutsche in Polen hätten bei den verschiedenlichsten Verhaftungen unserer Führer ein ähnliches Telegramm an den deutschen Außenminister geschickt! Was hätte uns dann wohl für eine neue Passionsblume geblüht!

Was hat der Völkerbund getan?

In der Sitzung des Völkerbundes, die in der Nacht zum Mittwoch stattfand und welche die allgemeine Aussprache über die Tätigkeit des Völkerbundes und die europäische Union brachte, behandelte der bulgarische Außenminister Buroff in ziemlicher Ausführlichkeit die Minderheitenfrage. Buroff sagte u. a.:

Eines der Probleme, das den Völkerbund am meisten beschäftigt, ist der Schutz der Minderheiten. Zehn Jahre sind vergangen seit dem Inkrafttreten der Friedensverträge. Können Sie mir mit gutem Gewissen sagen, daß Schutzmaßnahmen für die Minderheiten zur Durchführung gelangt sind, und daß es nirgends in Europa Minderheiten gibt, die in der Anwendung ihrer Muttersprache und in der Ausübung ihres Glaubensbekenntnisses, in dem gesetzlichen Recht, ihr nationales Empfinden zu bewahren, in keiner Weise behindert werden? Ich glaube nicht, daß Sie dazu auf mit einem „Ja“ antworten können. Diese Minderheiten leiden noch schwerer unter dem Schutze des Völkerbundes. Ist es wirklich für den Völkerbund so schwer, das Problem zu lösen? Wenn der Völkerbund dazu nicht imstande wäre, so sollte er endlich seine Machtlosigkeit eingestehen.

Ich glaube, daß die Schwierigkeiten beseitigt werden können. Den Minderheiten sollten die ihnen zustehenden kulturellen Rechte endlich gewährt werden. Es liegt keine Gefahr vor, sie aus dem Staatsverband zu reißen, und ich selbst bin entschieden gegen eine gewaltsame Lösung der Minderheitenfrage. Wir müssen ernstlich an die Lösung des Problems herangehen, wenn wir Europa nicht in einen neuen schweren Konflikt hineintreiben wollen. Ich hoffe, daß die Sechste Kommission des Völkerbundes, die sich mit dieser Frage zu beschäftigen hat, diesmal über das Minderheitenproblem eingehend sprechen wird. Man sollte das Ansehen des Völkerbundes, das in verschiedener Hinsicht schwer gelitten hat, nicht auf dem Gebiete des Minderheitenschutzes schädigen.

Calonder wird gebeten...

Der Rat des Völkerbundes hielt am Donnerstag Nachmittag in seiner neuen Zusammensetzung seine erste öffentliche Sitzung ab, in der u. a. auch der Bericht der Verkehrskommission behandelt wurde, der die Aufgabe zuteil, über gewisse Schwierigkeiten des polnisch-litauischen Grenzverkehrs ein Gutachten abzugeben. Die sachliche Behandlung der Frage wurde auf die Januaragung des Rates verschoben, womit sich die beteiligten Regierungen einverstanden erklärten. Auch die Frage der polnisch-litauischen Grenzzwischenfälle, in der sich die beiden Regierungen zu direkten Verhandlungen bereit erklärt haben, wurde für eventuelle weitere Behandlung auf die Januaragung 1931 verschoben.

Der Rat schloß sich dem gemeinsamen Ersuchen Deutscher, Italiener und Polen's an, den Präsidenten der gemischten Kommission für Oberschlesien, Calonder, zu eruchen, wenn möglich, seine Demission zurückzugeben.

Im März 1931 soll — wie der Wlsteindienst weiter berichtet — auf weiteren Beschluß des Rates eine Europa-Konferenz für die Regelung des Straßennetzverkehrs stattfinden, die sich mit den zahlreichen Fragen beschäftigen wird, die durch den steigenden Automobilverkehr aufgeworfen werden, auch mit den fiskalischen und Zollfragen.

Pommerellen.

360000 Zloty für die pommerellischen Arbeitslosen.

Das Ministerium für Arbeit und soziale Fürsorge hat der Wojewodschaft Pommerellen 180 000 Zloty zuerkannt. Mit diesem Gelde soll die Beschäftigung der Arbeitslosen den September hindurch ermöglicht werden.

19. September.

Graudenz (Grudziadz).

Verlegung eines Kinderhortes. Der städtische erste Kinderhort, der sich bisher in den Erdgeschossen des Mädchengymnasiums befand, ist jetzt in eine große, helle Klasse der anstößenden Mittelschule verlegt worden.

Aus blühender Jugend jäh in den Tod — dieses traurige Schicksal war am Donnerstag nachmittag hier einem 17-jährigen Mädchen, namens Herberta Widmann, aus Gr. Sibau (Bzowo), Kreis Schwetz, beschieden.

Zwei erhebliche Einbrüche wurden am Dienstag im Hause Herzfeldstraße (Herzfeld) 6 verübt. Mittels Einbruchs einer Fensterscheibe drangen Spitzbuben in die Albert Ziolkowski'sche Wohnung, aus der sie eine Anzahl Anzüge und sonstige Sachen stahlen.

Diebstahlschronik. Zwei Diebstähle melden die letzten beiden Polizeiberichte, und zwar sind Hermann Redmann, Lindenstraße (Lipowa) 44, sowie Isabella Czarnicka, Tuschendamm (Tuszewka Grobla) je ein größeres Quantum Äpfel entwendet worden.

Bereine, Veranstaltungen etc

Wer keine Einladung zum Oktoberfest der Deutschen Bühne „Auf zum Bohemend“ am 4. Oktober im Gemeindehause erhalten hat, wende sich sofort an den Vorsitzenden Arnold Kriedte, Grudziadz, Mickiewicz 3.

Thorn (Torun).

Das Thorner Standesamt registrierte in der Woche vom 7. bis 13. September d. J. 27 eheliche Geburten (17 Knaben und 10 Mädchen) sowie 4 uneheliche Geburten (2 Knaben und 2 Mädchen).

Ein glücklich verlauteter Straßenunfall trug sich diesen Mittwoch gegen 8 Uhr abends in der Elisabethstraße (ul. Król. Jadwigi) zu. Die in der Bachestraße (ul. Strumyowa) Nr. 2 wohnhafte Lucia Kruszyńska wurde durch den von dem Chauffeur Ignacy Nowacki gesteuerten Kraftwagen P.M. 52290 überfahren, ohne sich glücklicherweise irgendwelche Verletzungen zuzuziehen.

Zusammenstoß zwischen Straßenbahn und Auto. Mittwoch nachmittag stieß eine von der Neustadt kommende Straßenbahn in der Nähe der Brückenstraße (Mostowa) mit dem Personenauto P.M. 52630 zusammen.

v. Von Zigeunern bestohlen. Am Donnerstag vormittag wurde in der Schuhmacherstraße (Szewska) einer Frau das Portemonnaie aus der Manteltasche gestohlen.

Festgenommen wurden im Laufe des Mittwoch zwei Personen wegen Diebstahlsverdachts und eine Person wegen Schererei, die dem Kreisgericht überwiesen wurden.

Aus dem Landkreis Thorn (Torun), 19. September. In Ottlofschin (Ottoczyn) wurde der Besitzer Josef Kwiatkowski durch Einbrecher bestohlen, die in der Nacht zum Mittwoch nach Entfernen einer Fensterscheibe eingestiegen waren.

h Kreis Soltau (Szalowo), 18. September. Zigeunerzüge. In diesen Tagen erschienen bei der Frau Piotrowski in Mlowo (Mlowo) Zigeunerweiber und wollten die Frau von einem Anschlag, den sie im Gesicht hatte, heilen.

Wir machen unsere geliebten Leser und ganz besonders unsere Abonnenten auf dem Lande... bierteljährlichen Abonnements... monatliche Abonnements... Preisbezugpreis für das 4. Quartal 16.16 z3, Monat Oktober 5.39 z

P. Bardsburg (Wiechork), 18. September. Der heutige Wochenmarkt konnte infolge guter und reichlicher Beschickung mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen einen regen Handel und Verkehr aufweisen.

x. Zempelburg (Sepolno), 18. September. Zwei Wochen nach Beginn des neuen Schuljahres ist in der hiesigen Mittelschule auf Veranlassung der Schulbehörde die 4. deutsche Klasse aufgehoben worden.

ch. Konik (Choinice), 18. September. Ein dreifacher Einbruchsdiebstahl wurde gestern in der hiesigen Hospitalküche bei dem dort wohnhaften 82-jährigen Pantoffelmacher Rosz versucht.

Aus den deutschen Nachbargebieten. * Jastrow, 18. September. Unaufgeklärter Mord. Am 19. Oktober 1928 war die Gutbesitzerin Gertrud Fethke aus Pinnow (Kreis Neustettin) aus dem Hinterhalt niedergeschossen worden.

Mörder richtete sich später der Verdacht gegen einen Tischlermeister aus Jastrow, der mit der Erschossenen Beziehungen unterhalten haben soll.

* Schivelbein, 18. September. Von einem eigenartigen Unglücksfall wurde der hiesige Tischlermeister Schülke betroffen.

* Wittow, 18. September. Ein Großfeuer vernichtete die große Scheune des Gutes Abl. Grotkuchen, das dem Rittergutsbesitzer Laubmeyer in Kleinquittow gehört.

Landesmissionsfest in Bardsburg.

Trotz der eigenen mannigfachen Nöte auf kirchlichem Gebiet und anderer großer Schwierigkeiten hat sich in unserem Kirchengebiet nicht nur das Interesse für die Heidenmission, sondern auch die tatkräftige Hilfe dafür erfreulicherweise bis auf den heutigen Tag bewahrt.

In Bardsburg selbst hielt am Sonntag Vormittag Oberpfarrer Student mit über 200 Kindern einen Kindergottesdienst, an dem sich auch Erwachsene beteiligten. In seiner bekannten ansprechenden Weise verstand er es, die Kinderherzen für die Missionsarbeit zu gewinnen.

Auf der Versammlung der Synodalhelfer am Montag Vormittag hielt Pfarrer Fenzler aus Rakel einen Vortrag über die Verbreitung von Missionsliteratur, an dem sich eine lebhafte Aussprache anschloß.

Graudenz.

Tanzunterricht.

Die Herbstzirkel beginnen. Nach eingehendem Studium all. standardisierten u. neust. Tänze.

Der Abendkursus

beginnt am Dienstag, d. 30. Septemb., abends 8 Uhr. im Tivoli. Ein 9987

Privat-Schülerzirkel

Anfang Oktober. Anm. f. beide Kurse erb.

Frieda Sinell, Forteczna 20a.

Eiserne Bettgestelle Matratzen Kinderwagen... kauft man am billigsten nur Rybny Rynek 1 (Fischmarkt) II. Tr.

Achtung!

Mein Zell- und Darmlager befindet sich ab 1. 10. vis-à-vis v. Schlachthaus

ulica Narutowicza.

A. v. Zwolinski.

9981

Damenpelz (fibiische Bildfabe), wenig getragen, zu verkaufen ulica Kosciuszki 34, part. rechts.

Thorn.

Justus Wallis

Bürobedarf - Papierhandlung

Torun.

Gegründet 1853.

Gut rentabl. Hausgrundst. evtl. m. H. Garten in Torun zu kaufen. Offerten unter H. 9293 an Ann.-Exp. Wallis, Torun. 10105

Sammlung des Missionsverbandes in der Kirche wurde mit einer Morgengebete durch Pfarrer Mund eingeleitet. Ortspfarrer Wodaeg begrüßte die Versammlung als Synodalvertreter für Heidenmission des Kirchenkreises und als Vertreter der Kirchengemeinde. Pfarrer Lassahn-Vandenburg übermittelte Grüße des Brüder- und Schwesternhauses. Die Grüße des Kirchenkreises Konitz überbrachte Superintendent Niez aus Konitz. Missionsinspektor Müller gab seiner besonderen Freude Ausdruck, als Kind unserer Pfarrer Heimat die Grüße und den Dank der Berliner Missionsgesellschaft übermitteln zu können. Der stellvertretende Vorsitzende des Landesverbandes, Oberpfarrer Student, erwiderte anstelle des 1. Vorsitzenden Superintendent Diestelkamp, der zu seinem und allgemeinem Bedauern an dem Landesmissionsfest nicht teilnehmen konnte, die Grüße und verlas zahlreiche Schreiben und Telegramme. Der Jahresbericht von Oberpfarrer Student gab einen Überblick über die Missionsarbeit in den einzelnen Kreisen unseres Kirchengebietes. Dem Kassenbericht von Fräulein Weier-Wollstein folgte ein interessanter Vortrag von Missionsinspektor Müller über die zersplitternden und aufbauenden Kräfte in der Missionsarbeit. Ein freudiger Anblick war die Überreichung von Festgaben von Vertretern verschiedener Gemeinden und Kirchenkreise und durch die Kinder der Ortsgemeinde, worauf Superintendent Niez aus Konitz mit eindrucksvollen Worten das Schlußwort sprach. Auch die Hauptversammlung wurde durch mehrere Chordarbietungen und durch Sologefang verschönt.

Ein gemeinsames Festessen führte Gäste und Gemeinde noch näher zusammen. Gemeinsam wurde am Nachmittag auch das Schwestern- und Brüderhaus in Vandenburg besichtigt. Mit dem Fest war eine kurze Freizeit für Pastoren verbunden, während der Missionsinspektor Müller und Missionar Pastor Lange wichtige Fragen, die mit der Mission im Zusammenhang stehen, behandelten. pz.

Die Strafbestimmungen zum Schutze der Wahlfreiheit.

Wie wir bereits mitteilten, hat der Präsident der Republik auf Antrag des Ministerrats auf Grund des Art. 44, Abs. 3 der Verfassung ein Dekret über die Strafbestimmungen zum Schutze der Freiheit der Wahlen erlassen, das folgenden Wortlaut hat:

Art. 1. Wer rechtswidrig einen Einfluß auf das Ergebnis der Abstimmung bei den Wahlen zum Sejm oder Senat ausübt, im besonderen: a) Wählerlisten unter Weglassung von Wahlberechtigten oder Eintragung von zur Wahl nicht Berechtigten anfertigt, b) eine List verwendet zur unkorrekten Aufstellung der Wählerlisten, c) Protokolle oder andere Abstimmungsdokumente beschädigt, verheimlicht, umarbeitet oder fälscht, d) seine Stimme abgibt, ohne dazu berechtigt zu sein, e) sich Mißbräuche bei der Entgegennahme oder Berechnung der Stimmen zu schulden kommen läßt, unterliegt einer Gefängnisstrafe bis zu fünf Jahren.

Art. 2. Wer mit Gewalt, unter rechtswidriger Drohung, oder mit List a) die Abhaltung der der Abstimmung vorausgehenden Versammlung, b) die freie Ausübung des Stimmrechts, c) die Abstimmung oder die Berechnung der Stimmen stört, unterliegt einer Gefängnisstrafe bis zu fünf Jahren.

Art. 3. Wer Gewalt, rechtswidrige Drohung oder List anwendet, um einen Einfluß auszuüben auf die Art der Abstimmung der stimmberechtigten Personen, oder um sie von der Abstimmung zurückzuführen, unterliegt einer Gefängnisstrafe bis zu fünf Jahren.

Art. 4. Wer einer stimmberechtigten oder anderen Person Vermögensvorteile oder persönliche Vorteile gewährt, oder zu gewähren verspricht, um einen Einfluß auszuüben auf die Art der Abstimmung der stimmberechtigten Person oder um sie von der Abstimmung zurückzuführen, unterliegt einer Gefängnisstrafe bis zu fünf Jahren.

Art. 5. Nimmt ein Stimmberechtigter für die Abstimmung in der vereinbarten Art oder für die Stimmhaltung Vermögensvorteile oder persönliche Vorteile an, oder fordert er sie für sich oder eine andere Person, so unterliegt er einer Gefängnisstrafe bis zu fünf Jahren.

Art. 6. Wer für die Ausübung eines Einflusses auf die Art der Abstimmung des Stimmberechtigten, oder für seine Zurückhaltung von der Abstimmung Vermögensvorteile oder persönliche Vorteile für sich oder eine andere Person annimmt oder fordert, unterliegt einer Gefängnisstrafe bis zu fünf Jahren.

Art. 7. Wer bei einer geheimen Abstimmung auf rechtswidrige Art sich mit dem Inhalt der fremden Stimme bekannt macht, unterliegt einer Haftstrafe bis zu einem Jahr oder einer Geldstrafe bis zu 5000 Zloty.

Art. 8. Wenn sich eines in dieser Verordnung vorgesehenen Vergehens ein Beamter während seiner Amtierung oder im Zusammenhange mit der Amtierung zu schulden kommen läßt, so hat das Gericht dies als einen erschwerenden Umstand anzusehen.

Art. 9, § 1. Wird auf Freiheitsentziehung für die Dauer von länger als drei Monaten erkannt, so kann das Gericht als Zusatzstrafe auf den Verlust der innerhabenden Mandate, sowie auf den Verlust des aktiven und des passiven Wahlrechts zu allen gesetzgebenden kommunalen, sozialen oder beruflichen Körperschaften für die Dauer von einem Jahre bis zu fünf Jahren erkennen.

§ 2. Wird auf Freiheitsentziehung auf die Dauer von länger als einem Jahre erkannt, so kann das Gericht als Zusatzstrafe auf Verlust der öffentlichen Rechte für die Dauer von 2 bis zu 10 Jahren erkennen.

§ 3. Die im § 2 erwähnte Strafe umfaßt: den Verlust der innerhabenden Mandate, des aktiven und des passiven Wahlrechts zu allen gesetzgebenden kommunalen, sozialen oder beruflichen Körperschaften, des Rechts, bürgerliche Funktionen bei der Strafbemessung auszuüben, den Verlust von öffentlichen Ämtern und Stellungen, der Advokatur und des Notariats, sowie den Verlust der Fähigkeit, diese während der im Urteil auf Grund des Paragraphen 2 festgesetzten Zeit wieder zu erlangen.

§ 4. Die Zusatzstrafen und Folgen der Verurteilung, die in den allgemeinen Strafgesetzen vorgesehen sind, haben keine Anwendung auf die in dieser Verordnung vorgesehenen Vergehen.

Art. 10. Der Versuch, ein in dieser Verordnung bezeichnetes Vergehen zu begehen, ist strafbar.

Art. 11, § 1. Die Strafverfolgung der in dieser Verordnung vorgesehenen Vergehen verjährt nach Ablauf von drei Jahren gerechnet vom Tage an, an dem sie begangen wurden.

§ 2. Die doppelten Termine, die im Art. 68 unter 2 und 3 des St.-G.-B. vom Jahre 1902 vorgesehen sind, werden

den im Verhältnis zu dem im Paragraphen 1 festgesetzten Termin berechnet.

Art. 12. Beamter im Sinne dieser Verordnung ist jede Person, die öffentliche Funktionen im Namen des Staates oder der Selbstverwaltung ausübt. Als Beamte sind auch die Mitglieder der Wahlkommissionen anzusehen.

Art. 13. Auf dem Gebiete, in dem das Strafgesetz vom Jahre 1852 verpfichtet, sind die in dieser Verordnung vorgesehenen Vergehen Übertretungen; statt auf Gefängnis ist auf strengen Arrest zu erkennen.

Art. 14. Zur Durchführung eines Verfahrens wegen der in dieser Verordnung bezeichneten Vergehen ist das Bezirksgericht zuständig. Das Verfahren in diesen Sachen findet nach den Bestimmungen der Strafprozeßordnung statt.

Art. 15. Mit der Ausführung dieser Verordnung wird der Justizminister und der Innenminister betraut.

Art. 16, § 1. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

§ 2. Gleichzeitig verlieren ihre verpflichtende Kraft folgende Bestimmungen: a) Art. 1 bis 7 des Dekrets vom 8. Januar 1919 über die Strafbestimmungen wegen Entgegenwirkens bei den Wahlen zum Sejm und über die Ausübung der Abgeordneten-Pflichten (D. Wt. Nr. 5, Vol. 96), b) das Gesetz vom 12. Februar 1920 über den Schutze der Wahlfreiheit vor Mißbräuchen der Beamten (D. Wt. Nr. 17, Vol. 123), ferner, soweit sie die Wahlen zum Sejm und Senat betreffen: c) die Paragraphen 1 bis 14 und 20 sowie, sofern sie die Wahlversammlungen betreffen, die Paragraphen 15 bis 16 des Gesetzes vom 26. Januar 1927, das Strafbestimmungen für den Schutze der Wahlfreiheit und der Versammlungsfreiheit enthält (Österreichisches Amtsblatt Nr. 18), d) die Paragraphen 107 bis 109 des Strafgesetzes vom Jahre 1871.

Was meint der Herr Wojewode? Eine Ueberraschung im Schlesienschen Sejm.

Am Mittwoch, dem 17. d. M., hielt der Wojewode von Schlesien, Dr. Grąziński, eine viel beachtete Rede, die verschiedene Deutungen zuläßt:

Zu Beginn seiner Ausführungen teilt der Wojewode mit, daß die Zurückziehung der von ihm ursprünglich eingebrachten Budgetvorlage und die Einbringung eines neuen Finanzgesetzes mit dem damit verbundenen Präliminar, das den Zeitraum vom 1. Oktober 1930 bis 1. März 1931 umfaßt, das Ergebnis zwischen ihm und dem Seniorenkongress geplanter Verhandlungen sei. Dieser Kompromiß sei abgeschlossen worden, um eine Zusammenarbeit der Wojewodschaft mit dem Sejm zu ermöglichen.

Dr. Grąziński führt aber sofort aus, daß sein alter Standpunkt sich nicht geändert habe

und daß er auch weiter der Meinung sei, daß das durch den Wojewodschaftsrat festgesetzte und durch den Finanzminister bereits gebilligte Budget für 1930/31 eine Einheit bilde. Das Budget für das Jahr 1930/31 habe einen vollkommen legalen Charakter und als solches bilde eine ausreichende Grundlage für die Ausgaben bis zum 31. März 1931. Wenn er trotzdem einen neuen Voranschlag für das zweite Halbjahr einbringe, so müsse er nochmals feststellen, daß das nur geschehen sei, um den guten Willen zur Zusammenarbeit mit dem Sejm zu beweisen.

Bei seiner ersten Budgetrede habe er sein und des Wojewodschaftsrates ganzes Programm entwickelt. Die kurze Zeit, die seitdem vergangen sei, habe in diesem Programm keine Veränderungen gebracht. Der Wojewodschaftsrat sei bei der Aufstellung des Präliminars für das zweite Halbjahr nicht so verfahren, daß die für diesen Zeitabschnitt angelegten Einnahmen und Ausgaben gerade die Hälfte der des ganzen Jahres darstellen. Das von dem Rat festgesetzte Gesamtbudget belaufe sich in Ausgaben auf 122 337 501,52 Zloty. Wenn man für die Zeit vom 1. Oktober 1930 bis 1. März 1931 genau die Hälfte der Ausgaben vorgesehen hätte, müßten diese sich auf über 61 Millionen belaufen. Tatsächlich seien aber nur 60 415 486,52 Zloty vorgesehen. Im ersten Halbjahr habe man mehr ausgegeben, weil darin die Zeit der Bautätigkeit fiel, die in diesem Jahre wegen zahlreich gewordenen Investitionen besonders rege gewesen sei. Im ganzen seien im Budget an Ausgaben 4 Millionen Zloty mehr vorgesehen als in dem des Vorjahres.

Die schwere Wirtschaftskrise finde ihren bedauerlichen Ausdruck vor allem in den Einnahmeverlusten. Die Einnahmen der schlesischen Wojewodschaft beschränken sich auf die Einnahmen aus der Einkommensteuer und der Gewerbesteuer. Die Höhe der Einnahmen sei in dem Halbjahrespräliminar auf 60,5 Millionen angesetzt. Aus den beiden Steuern werde man aber nur 41 Millionen einnehmen.

Indem der Wojewode auf die zahlreichen Anträge bei der Einbringung von Ausgabenposten in das Budget und Erteilung von Subventionen zu sprechen kommt, führt er aus, daß die Hälfte der im Budget für Ausgaben vorgesehenen Summe dafür verbraucht werden würde. Da die notwendigen Ausgaben für die Polizei und das Schulwesen die andere Hälfte der zur Verfügung stehenden Summe ausmachen, müßten die Krankenhäuser, die soziale Fürsorge, das ganze Bauwesen und die Arbeitslosen leer ausgehen und für die Vermehrung würden keine Mittel zur Verfügung stehen. Zu den Abgeordneten gewendet: „Ihre Macht ist so groß wie die finanziellen Möglichkeiten. Deren Ansaufe legt das Budget fest. Die Bewegungsfreiheit in diesen Grenzen ist unerhöht eng. Die ganze Größe und Kleinheit des Sejms und der Autonomie beginnt und endet im Rahmen des finanziell Möglichen.“

„Was hat es für einen Zweck, wenn einer der Herren Abgeordneten für irgendwelchen Zweck 30 Millionen verlangt, wenn er uns nicht sagt, wozu er diese 30 Millionen nehmen soll? Wenn man mit Anträgen die Probleme lösen könnte, würde sich manch utopisches Ideal verwirklichen lassen... Als ich alle die Anträge gelesen hatte, mußte ich feststellen, daß die Autoren die Grenzen der finanziellen Möglichkeiten nicht erkennen, sie rechnen nicht mit dem, was „réalité des choses“ heißt.“

„Ich bin der tiefen Überzeugung, daß meine Bemühungen seit vier Jahren darauf abzielen, hier das Programm der breiten Massen des Bauern- und Arbeitervolkes im Rahmen des Möglichen zu erfüllen. Ich bin auf den Posten des Wojewoden nicht als ein fremder Mensch gekommen, sondern als schlesischer Aufständischer, als Waffengefährte jener brüt-

ten Volks- und Arbeiterreihen, die in den von mir organisierten Formationen kämpften. Und deswegen kann mein Programm auch ihr Programm sein. Und daß will ich in die Tat umsetzen, und ich wage zu behaupten, daß ich es auch tun werde. Ich werde dieses Programm nicht durch einen Schwall großer Reden realisieren, sondern durch gründliche und programmatische Arbeit. Mich kann hier nichts schrecken.“

Wie es im Leben des einzelnen Krisen gebe, so machen diese sich auch im Leben der Gemeinschaft bemerkbar. Aber trotzdem marschiere man rüstig vorwärts.

Sodann führte der Wojewode aus, weshalb die Ausgaben in dem Budget dieses Jahres auf 4 Millionen mehr angelegt sind. Die polnische Oper, die auf Forderung des Sejms nicht geschlossen worden sei, müsse mit 300 000 Zloty subventioniert werden, 1 400 000 Zloty seien für Arbeitslosen-Unterstützungen vorgesehen und 2 200 000 Zloty für den Ankauf von Kohlen und Lebensmitteln für die Arbeitslosen.

Zum Schluß seiner Ausführungen wandte der Wojewode sich mit folgendem Appell an die Arbeitslosen: „Die politischen Bedingungen, unter denen der Schlesiensche Sejm die gegenwärtige Session abhält, sind nicht günstig, da der Kampf vor den Wahlen zum Warschauer Sejm im Gange ist. Das hiesige Gebiet war immer der Schauplatz heftiger Kämpfe, die zuweilen zu solchen Ausmaßen anwachsen, wie es augenblicklich der Fall ist. Daß sich der Schlesiensche Sejm von der äußeren Atmosphäre frei hält, ist von außerordentlicher Wichtigkeit. Dieser Sejm kann reinen Tisch schaffen, wenn er eine Reihe grundlegender Gesetze von erstrangiger Bedeutung erledigt und auf diese Weise eine Grundlage für die weitere Entwicklung des autonomen Lebens Schlesiens schafft. Auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens stehen wir vor so gewaltigen Aufgaben, daß zu ihrer Lösung ein edler Ehrgeiz und größte Energie vonnöten ist. Wenn der Sejm seine Aufgaben erfüllt, tut er Schlesien einen guten Dienst. Man darf nicht vergessen, daß Schlesien nur eine Provinz des polnischen Staates darstellt, daß dieser Sejm nur ein Provinzialparlament ist und daß seine Ziele die Grenzen provinzieller Arbeit nicht überschreiten können und nicht überschreiten sollen, und sich nicht auf staatspolitisches Gebiet zu erstrecken haben. Es wäre hundertmal besser, wenn wir uns in dieser Kammer von dem abwendeten, was man große Politik nennt und dafür alle Energie zur Lösung wirtschaftlicher, kultureller, sozialer und rechtlicher Probleme aufbringen würden. Die in der Budgetfrage ausstandgekommene Kompromißlösung beweist, daß man sich bei gutem Willen in den dringlichsten Fragen einigen und einen Ausweg finden kann. Ich für meine Person habe den besten Willen zur sachlichen Zusammenarbeit. Von dem Hohen Hause hängt der weitere Verlauf der Dinge ab. In keiner Situation darf man die Augen vor den Tatsachen schließen. Die Welt der Vorstellungen hat eine starke suggestive Kraft, besonders wenn sich ihr ein tiefes Sakgefühl zugesellt. Ich wünsche, daß wir uns auf dem Boden des Autonomie-Programms begegnen, und daß es nicht nötig sein werde, der politischen Situation in Schlesien noch einen Umstand hinzuzufügen, von dem ich hier nicht reden will. Noch einmal gebe ich die Lösung: Zusammenarbeit!“

Bestätigtes Urteil gegen Erzbischof Kowalski.

Warschau, 18. September. Vor einigen Jahren gab der mariauitische Erzbischof Kowalski eine Broschüre unter dem Titel „Das alte Testament“ heraus, die eine Reihe von Abschnitten enthielt, in denen die Staatsanwaltschaft eine Schmähung der römisch-katholischen Religion und des Papstes erblidete. Erzbischof Kowalski wurde wegen Gotteslästerung zur gerichtlichen Verantwortung gezogen und vom Bezirksgericht in Plock zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Durch das Appellationsgericht wurde das Urteil bestätigt, die Strafe jedoch auf Grund der Amnestie auf ein halbes Jahr Gefängnis herabgesetzt. Am Dienstag beschäftigte sich mit dieser Sache das Oberste Gericht, das der Verteidiger des Angeklagten angerufen hatte. Die Kassationsklage wurde verworfen, so daß Erzbischof Kowalski die Gefängnisstrafe nicht abtun mußte.

Kleine Rundschau.

* **Morphiumschmuggel auf der „Europa“.** Detektive des Schatzamtes verhafteten in Zusammenarbeit mit dem Kapitän des Norddeutschen Lloyd-Dampfers „Europa“, Commodore Johnson, den Hilfsgepäckmeister Carl Schöck vom Norddeutschen Lloyd bei dem Versuch, Morphinium im Werte von 20 000 Dollar nach Newyork einzuschmuggeln. Der Kapitän hatte während der Reise Kenntnis davon erhalten, daß Koffer mit Morphinium an Bord seien. Er unterrichtete durch Radio die Newyorker Zollbehörde, die Extrawachen ausstellten. Tatsächlich wurden die Koffer eine Stunde nach Landung der „Europa“ auch durch Matrosen von Bord gebracht, Schöck beliebig die Koffer später mit Zollmarken und versuchte, sie durch die Zollkontrolle durchzuschmuggeln. Die Koffer sind angeblich von einem Reisenden an Bord gebracht worden, der nur von Bremen nach Southampton fuhr, sie dann Matrosen mit der Weisung übergab, daß die Koffer in Newyork abgeholt würden. Die Zollbehörden verfolgten den Fall weiter und hoffen, einen großen Schmugglerring gefaßt zu haben. Weitere Verhaftungen stehen bevor.

* **Reiche Kohlenfelder im ehemaligen Deutsch-Ostafrika entdeckt.** London, 17. September. (Eigene Drahtmeldung.) Im südlichen Teil von Tanganjika (dem ehemaligen Deutsch-Ostafrika) wurden reiche Kohlenfelder mit hunderten von Millionen Tonnen bituminöser Kohle entdeckt. Die Flöze erstrecken sich stellenweise über 20 Kilometer an der Erdoberfläche. Von Sachverständigen wird die sofortige Ausbeute dieser Kohlenfelder als lohnend bezeichnet.

In Danzig

kostet die

Deutsche Rundschau

für Oktober 3 Gulden.

Einzahlung an Postkassa-Agto Danzig 2523.

Gestern abend um 11 Uhr entschlief ganz plötzlich und unerwartet mein heißgeliebter Mann, unser treusorgender Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder und Schwager, der

Grundbesitzer

Heinrich Kohnert

im 66. Lebensjahre.

In tiefer Trauer

Marie Kohnert und Kinder.

Male polko/Kleinfelde, den 16. September 1930.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 20. September, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause aus statt.

Von der Reise zurück
Dr. Meyer, San.-Rat

Retuschieren nimmt Möbel zum retuschieren an. wird repariert, aufpoliert u. neu angefertigt 4463 gorna 15. 4475 Grunwaldzka 142, 11 r.


Meiner geehrten Rundschau die ergebene Mitteilung, daß ich von meiner Filiale zurück

gekehrt bin und Anmeldungen wieder gern entgegen nehme

Piotr Kozłowski

Haarformer — Ondulateur 10106 Grodzka 18 (Richtung lath. Pfarrkirche) Abteilung für Herren Mostowa 3.

DAIMON



Die **stromstarke** **Anoden-Batterie**

Am 17. d. Mts. verschied sanft nach längerem Krankenlager infolge Altersschwäche, die

Rentiere

Karoline Bloch

geb. Lenz, aus Przechowo im Alter von 93 1/2 Jahren.

Dieses zeigt im Namen der Sinterbliebenen an

Hansel u. Frau.

Wielki Konopat, den 18. Sept. 1930.

Die Beerdigung findet am Montag, dem 22. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von unserer Wohnung aus auf dem Friedhof in Wielki Konopat statt.

Hypotheken

reguliert mit gutem Erfolg im In- und Auslande
St. Banaszak, Rechtsbeistand

Bydgoszcz, 9494 ulica Cieszkowskiego (Moltkestr.) 2. Telephon 1304. Langjährige Praxis.

Rutschwagen

Barwagen, Selbstfahrer, Cabrioletwagen sowie Klappwagen offeriere billigst; auch werden alte Rutschwagen saub. u. reell aufgearbeitet.

Zimmer, Rakon/R., Rynek 365.

Kirchzettel.

Sonntag, d. 21. Septbr. 1930 (14. S. n. Trinitatis).

* Bedeutet anschließende Abendmahlsfeier.

Fr. L. = Freitauen. Bromberg. Pauls- kirche, Vorm. 10 Uhr: Sup. 11 1/2 Uhr Kindergottesdienst, nachm. 5 Uhr Berammlung des Jungmädchen-Vereins im Gemeindep., Donnerstag, abends 8 Uhr Bibelstunde im Gemeindehause, Pfarr. Gespiel.

Ev. angl. Kirche. Vorm. 10 Uhr Pf. Gespiel, 11 1/2 Uhr Kindergottesd., Dienstag, abends 8 Uhr Blautreuz = Berammlung im Konfirmandensaale. **Christuskirche.** Vorm. 10 Uhr Pfarr. Wurmbach, 11 1/2 Uhr Kindergottesd., Montag Übungsstunde d. Kirchensors, Dienstag, Vereinsstunde des Jungmännervereins.

Luther-Kirche. Fran- tenstraße 87/88, Vorm. 10 Uhr Gottesdienst, Pfarrer Laffahn, 11 1/2 Uhr Kin- dergottesdienst, nachm. 4 1/4 Uhr Vers. d. Frauenhilfe, 1/4 Uhr Jugendbb., 5 Uhr Erbauungsstunde.

Al. Bartelse. Vorm. 1/2 12 Uhr Kindergottesd., nachm. 4 Uhr Predigtgottes- dienst, 5 Uhr Beramm. der Frauenhilfe.

Schleusenau. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst, danach Kindergottesdienst. **Ev. luth. Kirche.** Pole- neckstr. 18, Vorm. 10 Uhr Predigtgottesdienst, nachm. 3 1/2 Uhr Christenlehre, Freitag 7 Uhr Bibelstunde, Pfarr. Paulig.

Evangelische Gemein- schaft. Fischerstraße War- cintowstiego Str. 8 b, Abds. 6 1/2 Uhr Gottesd., Dienstag abds. 8 Uhr Gesangstunde.

Landeskirchliche Ge- meinschaft. Marcintow- stiego (Fischerstraße) 8 b, 9 Uhr vorm. Gebetsstunde, 2 Uhr nachm. Sonntagsschule, 4 1/2 Uhr nachm. Jugend- bundstunde, abds. 8 Uhr Evangelisation, Prediger Gnant, Mittwoch, 8 Uhr Bibelstunde, Pred. Gnant.

Baptisten-Gemeinde. Mintauerstr. 26, Vorm. 1/2 10 Uhr Gottesdienst, Pred. Zaste-Kolmar, vorm. 11 Uhr Sonntagsschule, nachm. 4 Uhr Gottesdienst, Predig. Zaste, Donnerstag abds. 8 Uhr Gebet- und Bibel- stunde.

Ciele. Vorm. 10 Uhr Predigtgottesdienst, 1/2 12 Uhr Kindergottesdienst.

Kruschdorf. Vorm. 10 Uhr Belegottesdienst.

Lochow. Nachm. 3 Uhr Predigtgottesdft. im Kon- firmationsaal.

Mielst. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst.

Weischelhorst. Vorm. 10 Uhr Kindergottesdft., nachm. 3 Uhr Gottesdienst.

Glendorf. Vorm. 9 Uhr Andacht.

Konek. Nachm. 3 Uhr Missionfest.

Kotnik-Ruj. Nachm. 2 Uhr Gottesdienst, Pfr. Meyer. **Gordon.** Nachm. 3 Uhr Gottesdienst.

Ditterau = Langenan. Vorm. 10 Uhr Gottesdft. * **Wielno.** Vorm. 10 Uhr Gottesdienst.

So sehen glückliche Menschen aus

welche Ihren Bedarf für die Saison bei uns gedeckt haben.

Aus Anlaß der

Eröffnung der Herbst- und Winter-Saison 1930/31

veranstalten wir am **Sonntag, dem 21. September,** nachm. 4 Uhr, in der 2. u. 3. Etage unseres Kaufhauses die traditionelle

Modenschau

zu welcher wir die sehr geehrte Kundschaft und alle Freunde ergebenst einladen.

Eingang von der ulica Dworcowa.



Be De Te

BYDGOSKI DOM TOWAROWY

Tel. 354 u. 17.

ulica Gdańska 10-12

Tel. 354 u. 17.

Racheln

weiß u. farbig zu billigsten Preisen
Transportable Rachelöfen

Eiserne Kochherde

in großer Auswahl ständig auf Lager

Ausführung von Eisenarbeiten

D. Schöpfer, Bydgoszcz, ul. Zdunij 5. Telefon 2003, 9873

Fotografien

zu staunend billigen Preisen 800, sofort mitzunehmen
Passbilder nur Gdańska 19.
Foto-Atelier. Tel. 120.

Aug. Hoffmann, Gniezno

Baumschulen und Rosenkulturen
Tel. 212. Kontor: ul. Trzemeszeńska 42 liefert für die

Herbst-Pflanzung

in bekannter, erstklassiger Ware
sämtliche Baumschulen-Artikel
speziell **Obst- und Alleebäume, Sträucher, Rosen** usw.
Ausgezeichnet mit ersten Staatspreisen.
Beschreibendes Sorten- und Preis-Verzeichnis gratis. 9868

Damen- und Herrenwäsche Strümpfe - Trikotagen Handschuhe und Kurzwaren
kauft man am billigsten in der Detailabteilung der **Großhandlung**

A. i W. Ziętak

Mostowa 4 Bydgoszcz Mostowa 4

Gebe ab zur Saat **Gwalöfs**

Panzerweizen III
i. Abt., winter- und lagerfest, höchstlohnend, auch auf geringst. Bel- genböden. Preis: 23 zł pro Zentn. Säde zum Selbstkostenpreise. 9825
Stockmann, Olszewka p. Przeparkowo, p. Sept 1930

Achtung!
Wegen Liquidation meines Geschäfts verkaufe ich zu äußerst billigen Preisen:

Sandwirtschafts - Maschinen, Nähmaschinen, Zentrifugen Fahrräder, Patetons Kinderwagen
in- u. ausländische Waren unter Fabrikpreisen u. auf günstige Abzahlung sowie Bedingungen.
J. Bromberg, Lubiez h. Toruń.



Rachitis Schwindsucht Erschöpfung
heilt
der vitamin-kalkhaltige
BIOCALCOL KLAWE

Lampen J. Kreski

Bydgoszcz Gdańska 7



P. Brunt, Töpfermeister, Bydgoszcz - Wilcan, Natielska 11, empfiehlt sich bei vorkommendem Bedarf. 4448

Damen-Toiletten w. a. solid. Preis, gefertigt Jagiellońska 46, 1. **Guter Mittagstisch** Privat. 4621 Lipowa 3, 1 rechts.



Große Auswahl in
Drillmaschinen Düngerstreuern Beizapparaten Ackerschleppen Pflügen, Eggen, Kultivatoren
Fordern Sie unverbindliche Offerten
Gebrüder Ramme
Bydgoszcz 9408
Sw. Trójcy 14b Telefon 79.